

A1 Positionspapier zur Kenia-Koalition

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 19.01.2018
Tagesordnungspunkt: 2. Aussprache zur Landesregierung

Ein Drittel der Legislatur ist vorüber. Für die deutschlandweit einzigartige Dreier-Koalition ist es – angesichts massiver und wiederkehrender Angriffe auf das Projekt aus der CDU heraus – Zeit eine Zwischenbilanz zu ziehen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich zur Zusammenarbeit mit CDU und SPD bereit gefunden, weil wir Verantwortung tragen, dem Rechtsruck ein Bollwerk entgegenzusetzen. Verantwortung zu tragen und als demokratische Parteien zum Wohle unseres Landes zusammenzuarbeiten, war und ist unser Ziel.

Doch der Zusammenhalt in der Kenia-Koalition bröckelt bedrohlich. Das beständig unzuverlässige Verhalten einiger CDU-Abgeordneter gefährdet den Konsens der drei Koalitionspartner und den Geist der Koalition. Schon die Wahl von Reiner Haseloff zum Ministerpräsidenten gelang erst im zweiten Wahlgang. Immer wieder sind Situationen eingetreten, in denen größere Teile der CDU-Fraktion im Landtag entgegen der Vereinbarungen des Koalitionsvertrages mit der AfD stimmten: Bei Einsetzung der Enquete Linksextremismus konnte die AfD Stimmen auch aus einem Großteil der CDU-Fraktion verbuchen. Als die AfD unseren Parlamentarischen Geschäftsführer Sebastian Striegel erst missbilligen und später aus der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) abwählen wollte, enthielt sich zunächst ein Drittel der CDU-Abgeordneten. Im Abwahlverfahren stimmten mutmaßlich mehrere CDU-Fraktionäre für den AfD-Antrag oder enthielten sich. Die Abwahl Striegels scheiterte erwartbar am fehlenden Quorum. Eine eigene Mehrheit der Mitglieder des Hauses brachte die Koalition aufgrund der abweichenden Haltung der CDU jedoch nicht auf. Eben diese Mehrheit fehlte zunächst auch bei der Wahl unserer Fraktionsvorsitzenden Cornelia Lüddemann zum stellvertretenden Mitglied der PKK. Teile der CDU verweigerten sich dem Wahlvorschlag ihres Koalitionspartners einzig, um die Koalition zu schwächen.

Einzelne Abgeordnete der CDU gefallen sich in regelmäßigen verbalen Angriffen auf die grüne Regierungsarbeit. Tatsächliche Führungsarbeit der aktuellen Partei- und Fraktionsspitze, diese Abweichler einzubinden, ist nicht erkennbar. Die eklatante Führungsschwäche insbesondere innerhalb der CDU bringt die erste schwarz-rot-grüne Koalition immer wieder an den Rand des Scheiterns.

Wir GRÜNE sind Stabilitätsanker der Koalition. Wir GRÜNE haben in den letzten knapp zwei Jahren mehrfach unter Beweis gestellt, was es heißt, in einer Koalition miteinander Verantwortung zu übernehmen. Wir verteidigen die Koalition nach innen und außen. Wir finden – auch auf schwierigen Feldern z. B. im Zuge des Weiterbaus der Autobahn 14 oder in der Innen- und Rechtspolitik – Kompromisse, die tragen. Ökonomie und Ökologie sind für uns kein Gegensatz. Wir GRÜNE denken Natur- und Artenschutz mit wirtschaftlicher Entwicklung unseres Landes zusammen. Es war unsere Ministerin Claudia Dalbert, die einen Kompromiss zwischen dem Erhalt von Feldhamsterpopulationen und der möglichen Ansiedlung von Unternehmen in Sangerhausen vermittelte. Nur der angebliche Investor war nirgends gesehen. Irritiert sind wir auch über Äußerungen des CDU Generalsekretärs Sven Schulze, die Zuschüsse für Miteinander e. V. streichen zu wollen. Angesichts des Einzugs der demokratiefeindlichen AfD in die Parlamente

44 Deutschlands brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Engagement – und damit
45 auch Ressourcen – für zivilgesellschaftliche Projekte!

46 Statt die gemeinsam im Koalitionsvertrag von allen drei Partnern festgehaltenen
47 Projekte mit Tatkraft anzugehen, wird nicht nur beim Planungsvorhaben in
48 Schierke versucht, vertragswidrig Druck auf uns GRÜNE aufzubauen. Der in Zeiten
49 der Klimakrise wahnwitzige, ökologisch fragwürdige und auch ökonomisch unsinnige
50 Ski-Zirkus in Schierke hat es aus guten Gründen nicht in den gemeinsamen
51 Koalitionsvertrag geschafft. Wir wissen, dass es in dieser Frage
52 unterschiedliche Ansichten zwischen CDU, SPD und GRÜNEN gibt. Wir GRÜNE wollen
53 Schierke entwickeln. Das kann nur gelingen, wenn die Natur im Harz in ihrer
54 Schönheit und Artenvielfalt erhalten bleibt. In der Regierungsarbeit hatten wir
55 uns darauf geeinigt, das Ergebnis des Gutachtens des Thünen-Instituts zu
56 akzeptieren. Mit Vorlage des Gutachtens ist klar: Eine Genehmigungsfähigkeit für
57 den Bau einer Seilbahn und Skipiste durch den Moorwald ist aktuell nicht
58 gegeben. Der Ball liegt nun beim Investor und dem von Minister Webel geführten
59 Ministerium für Verkehr und ländlicher Raum – seine Behörde muss das
60 Raumordnungsverfahren zügig abschließen. Dass der Ministerpräsident sich in der
61 untergeordneten Frage eines Flächentausches nun zur Ausübung seines
62 Weisungsrechtes hinreißen lässt, zeigt, wie stark die zentrifugalen Tendenzen
63 in der CDU-Fraktion inzwischen sind und welchen Druck die Abweichler bei der CDU
64 inzwischen ausüben können. Die fehlende Führung bei der CDU gefährdet die
65 Zusammenarbeit.

66 All diese Vorgänge stellen die Arbeitsbasis unserer Koalition mit CDU und SPD
67 grundsätzlich infrage. Ein einfaches „Weiter so“ kann keine Antwort sein.

68 Das Fass ist voll und es liegt an der CDU, es am Überlaufen zu hindern. Wir
69 brauchen von der CDU ernsthafte Signale der Zuverlässigkeit. Wir wollen die im
70 Koalitionsvertrag niedergeschriebenen Projekte gemeinsam mit den
71 Koalitionspartnern umsetzen. In Zukunft muss es Standard werden, dass man sich
72 gegenseitig stützt – und nicht beharkt! -, um dieses Ziel zu erreichen.

73 Denn trotz aller Wirrungen haben wir gleichwohl einiges umsetzen können:
74 - der Ausbau der ökologischen Landwirtschaft
75 - das Umweltsofortprogramm
76 - die Leitlinie Wolf und die Gründung des Kompetenzzentrums
77 - die Verbesserungen beim naturnahen Hochwasserschutz und der Moderationsprozess
78 an der Selke
79 - eine Radverkehrs-Koordinatorin für Sachsen-Anhalt, die Verdreifachung der
80 Ausgaben für den Radwegbau an Landesstraßen
81 - das Junglandwirte-Programm
82 - ein Ladeinfrastruktur-Konzept für E-Autos
83 - die Verbesserung der Situation für die Hebammen
84 - die individuelle Polizeikennzeichnung
85 - die Stärkung der kommunalen Demokratie
86 - die Wiedereinrichtung der Stelle der Landesbeauftragten für Frauen und
87 Gleichstellungspolitik
88 - die Einrichtung einer unabhängigen Koordinierungsstelle für LSBTTI*
89 - ein neues Finanzausgleichsgesetz und mehr Geld für die Kommunen
90 - die Schaffung neuer Stellen bei der Polizei und mehr Lehrerstellen an den
91 Schulen
92 - die Erhöhung der Grundfinanzierung der Hochschulen.

93 Das alles sind Beispiele dafür, was auch in schwierigen Koalitionen mit grüner
94 Beteiligung gelingen kann. Aber das ist noch nicht alles. Wir fordern neben der
95 oben erwähnten besseren Unterstützung der Zivilgesellschaft die gemeinsame
96 Umsetzung des Grünen Bandes, die Verstetigung des sehr erfolgreichen
97 Umweltsofortprogramms, um gerade an den kleinen Gewässern die Gewässerqualität
98 und den Artenreichtum wieder herzustellen sowie Natur pflegen zu können, und
99 einen zeitlich befristeten Ausbau der Studienplätze für angehende Lehrer*innen,
100 damit mittelfristig der Lehrer*innenmangel aus eigener Kraft behoben werden
101 kann. Bei der Einstellung von mehr Lehrer*innen müssen den Worten des
102 Bildungsministers endlich Taten folgen.

103 Wir wollen weiter Verbesserungen für Menschen und Umwelt in Sachsen-Anhalt
104 erreichen. Wir wissen, dass jeder Koalitionspartner sich wiederfinden muss. Doch
105 es braucht ein glaubwürdiges Signal der CDU, dass sie in Gänze mit uns den im
106 Koalitionsvertrag vereinbarten Weg gehen wollen.